

# Funktioniert eine nachhaltige Bevölkerungspolitik?

Liebe Leserinnen und Leser,

mittlerweile leben knapp acht Milliarden Menschen auf der Erde, bei steigender Tendenz. Bis zum Jahr 2100, so die Prognosen der Vereinten Nationen, werden rund elf Milliarden Menschen auf unserem Planeten leben. Gleichzeitig schwinden die Ressourcen der Erde und der Klimawandel – die Folge von übermäßigem, klimaschädlichem Ressourcenverbrauch – schreitet unvermindert voran. Bekannt ist, dass zwar die höchsten Zuwachsraten der Bevölkerung auf dem afrikanischen Kontinent zu verzeichnen sind, der Ressourcenverbrauch pro Kopf jedoch im Globalen Norden deutlich höher ist. Nachdem das Credo einer staatlichen Geburtenkontrolle seit der Weltbevölkerungskonferenz von Kairo im Jahr 1994 grundsätzlich zugunsten einer selbstbestimmten Familienplanung gewichen ist, verschiebt sich seit einigen Jahren die Steuerung globaler Bevölkerungspolitik auf den Aspekt der nachhaltigen Entwicklung. Sie setzt sich zum Ziel, das Bevölkerungswachstum durch bessere Gesundheit, Bildung, Geschlechtergerechtigkeit, aber vor allem durch eine nachhaltige Lebensweise zu bremsen. Und langfristig wird die Weltbevölkerung im Durchschnitt älter, was neue Herausforderungen mit sich bringt. Wie kann nachhaltige Bevölkerungspolitik also besser gelingen und international koordiniert werden, um die Erde weiterhin als einen lebenswerten Ort zu erhalten? Mit dieser Frage beschäftigen sich die Autorinnen und Autoren in diesem Heft.



**Frank Swiaczny** sieht die Notwendigkeit, die wachsende Weltbevölkerung mit einer nachhaltigen Entwicklung in Einklang zu bringen, als eine geteilte Verantwortung der internationalen Gemeinschaft. Der steigende Konsum einer kleinen Gruppe mit dem höchsten Einkommen ist dabei die größte Herausforderung. Um die wachsende Zahl an Menschen gut zu versorgen, müssen nicht nur Regierungen, sondern können auch religiöse Organisationen helfen, Veränderungen mitzugestalten, argumentieren **Lorena Führ** und **Catherina Hinz**. Welche Bedeutung der Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA) bei der internationalen Bevölkerungspolitik hat, erläutert die Exekutivdirektorin **Natalia Kanem** in der Rubrik ›Drei Fragen an‹. Und während es für Kinder, Menschen mit Behinderungen und Frauen je ein eigenes Menschenrechtsübereinkommen der Vereinten Nationen gibt, ist dies für ältere Menschen nicht der Fall – obwohl dies dringend geboten ist, so **Lutz Leisering** und **Jürgen Focke**.

Ich wünsche eine anregende Lektüre mit kosmopolitischen Einblicken.

Dr. Patrick Rosenow,  
Leitender Redakteur

Neben dem Online-Angebot auf der Webseite der Zeitschrift VEREINTE NATIONEN [www.zeitschrift-vereinte-nationen.de](http://www.zeitschrift-vereinte-nationen.de) finden Sie regelmäßig aktuelle Kurzbeiträge zu UN-Themen auf den Themenportalen der DGVN unter [frieden-sichern.dgvn.de](http://frieden-sichern.dgvn.de), [menschenrechte-durchsetzen.dgvn.de](http://menschenrechte-durchsetzen.dgvn.de), [nachhaltig-entwickeln.dgvn.de](http://nachhaltig-entwickeln.dgvn.de) sowie auf unserem Debattenportal unter [dgvn.de/un-debatte/](http://dgvn.de/un-debatte/) zu verschiedenen Schwerpunktthemen.